

Thieß Petersen

Klimaschutz zwischen ökonomischer und politischer Rationalität

Der Klimawandel stellt das momentan größte Marktversagen dar. Wirtschaftspolitische Maßnahmen zu dessen Heilung sind seit Langem bekannt. Ihre Umsetzung scheitert jedoch häufig an den Partialinteressen derjenigen, für die die erforderlichen Maßnahmen ökonomische Nachteile bedeuten. Eine an der langfristigen Wohlfahrtsmaximierung interessierte Regierung würde sich über diese Widerstände hinwegsetzen. Falls die Regierungsmitglieder jedoch ihre Wiederwahl anstreben, sind sie empfänglich für Lobbyaktivitäten, die ambitionierte klimaschützende Wirtschaftspolitik verhindern wollen. Um dennoch eine strengere Klimaschutzpolitik realisieren zu können, müssen individuelle Nachteile durch staatliche Maßnahmen, wie z. B. die Rückverteilung von Klimaabgaben, Transfers, Regulierung sowie Arbeitsmarkt- und Industriepolitik, abgefedert werden.

Die Erderwärmung und der mit ihr verbundene Klimawandel verursachen weltweit immer größere Schäden. Beispiele hierfür sind zerstörte Infrastrukturanlagen durch Starkregen und Überschwemmungen, Waldbrände, dürrebedingte Ernteeinbußen, hitzebedingte Gesundheitsbeeinträchtigungen bis hin zu Todesfällen sowie das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten. Die damit verbundenen gesamtwirtschaftlichen Kosten sind jedoch nicht eingepreist, was zu einem systematischen Marktversagen führt. Die negativen externen Effekte fließen in ökonomische Entscheidungen nicht mit ein.

Analytisch betrachtet: Die Unternehmen berücksichtigen bei ihrer Entscheidung über Produktionsmenge und Angebot die Grenzkosten der Produktion sowie die erzielbaren Preise. Für die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt sind die gesamtwirtschaftlichen bzw. die sozialen Grenzkosten entscheidend. Die Differenz zwischen den privaten und sozialen Grenzkosten entspricht dem in Geldeinheiten ausgedrückten Wert der sozialen Zusatzkosten. Ohne staatliche Interventionen ergibt sich im Marktgleichgewicht eine, gemessen an den gesamtwirtschaftlich anfallenden Kosten, zu große Gütermenge. Das Marktversagen besteht darin, dass die aus wohlfahrtstheoretischer Sicht optimale Gütermenge nicht erreicht wird.

Heilung des Marktversagens

Die Volkswirtschaftslehre kennt verschiedene Lösungen zur Heilung dieses Marktversagens. Die bekannteste Lösung geht auf den englischen Ökonomen Arthur Cecil Pigou (1877–1959) zurück. Im Jahr 1920 schlug er vor, dass der Staat Aktivitäten mit einem negativen externen Effekt mit einer Steuer belegt, deren Höhe den sozialen Zusatzkosten der Aktivität entspricht. So sind die Verbraucher:innen gezwungen, die Konsequenzen ihres Handelns zu berücksichtigen. Sie passen ihre nachgefragte Menge an den höheren Preis an. Die gesamtwirtschaftlich nachgefragte und angebotene Menge sinkt somit.

Eine andere staatliche Maßnahme ist eine Begrenzung der in einer bestimmten Zeitperiode maximal zulässigen Verbrauchsmenge auf die Menge, die sich im Gleichgewicht unter Berücksichtigung der sozialen Zusatzkosten ergibt. In diesem Fall stellt sich die Frage, wie diese Gütermenge auf die Verbraucher:innen verteilt wird. Eine einfache Lösung ist eine Gleichverteilung. Jedes Bevölkerungsmitglied erhält etwa die Erlaubnis, eine bestimmte, für alle gleich große Benzinmenge zu erwerben. Das wäre jedoch ineffizient, da wegen unterschiedlicher Präferenzen die nutzenmaximierenden Benzinmengen individuell

© Der/die Autor:in 2026. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Dr. Thieß Petersen ist Senior Advisor der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh im Programm „Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft“ und Autor volkswirtschaftlicher Lehrbücher.

nicht identisch sind. Sinnvoller ist eine Zertifikatslösung. Der Staat gibt für die maximal zulässige Benzinmenge Zertifikate heraus, die zum Erwerb von Benzin berechtigen. Diese Zertifikate werden auf Auktionen versteigert. Im theoretischen Idealfall entspricht der dabei erzielte Preis für ein Zertifikat den sozialen Zusatzkosten eines Liters Benzin (Petersen, 2025a, S. 38–40).

Die ökonomische Rationalität verlangt also, dass der Staat die sozialen Zusatzkosten, die mit einem negativen externen Effekt verbunden sind, in die Marktpreise integriert. In den politischen Entscheidungsprozessen scheitert dies jedoch häufig an Widerständen einzelner Personengruppen. Grund für deren Widerstände sind individuelle Nachteile, die sich ergeben würden, sollte der Staat die ökonomisch gebotenen Maßnahmen ergreifen.

Negative Folgen einer Einpreisung externer Effekte

Durch die Einpreisung negativer externer Effekte steigt der Marktpreis eines Produktes. Für die Verbraucher:innen hat dies zwei zentrale Auswirkungen: Zum einen werden sie von dem betreffenden Produkt nur noch eine geringere Menge konsumieren, für die sie einen höheren Preis zahlen. Eine Verringerung der konsumierten Gütermenge bedeutet eine Nutzeneinbuße. Zum anderen bewirkt der höhere Güterpreis einen Kaufkraftverlust. Bei steigenden Preisen geht die mit einem gegebenen verfügbaren Einkommen konsumierbare Gütermenge zurück. Die Einschränkung der Konsummöglichkeiten betrifft alle Waren und Dienstleistungen.

Eine zweite Konsequenz betrifft die Menschen in ihrer Rolle als Beziehende von Einkommen. Durch den Nachfrage-rückgang bei dem betroffenen Produkt schränken Unternehmen, die dieses Produkt herstellen, ihre Produktion ein. Das geht im Normalfall mit einer Verringerung des Beschäftigungsniveaus einher. Es kommt daher in dem Sektor, der das Produkt mit einem negativen externen Effekt herstellt, zu Entlassungen. Im günstigsten Fall finden die betroffenen Personen eine neue Beschäftigung. Das ist jedoch mit individuellen Anpassungskosten verbunden. Es müssen neue Kompetenzen erworben werden, das soziale Umfeld verändert sich, und es kann zu einem Wohnortwechsel kommen. Im ungünstigen Fall finden die entlassenen Menschen erst mit einer zeitlichen Verzögerung eine neue Arbeitsstelle, was eine Einkommenseinbuße bedeutet.

Eine weitere Folge einer klimaschützenden Wirtschaftspolitik sind Vermögensverluste. Das kann sowohl Privatpersonen als auch Unternehmen betreffen:

- Höhere Benzinpreise reduzieren die Attraktivität von Automobilen, die mit fossilen Energien betrieben

werden. Falls sich deswegen Elektroautos am Markt durchsetzen, geht die Nachfrage nach Automobilen mit einem Verbrennermotor zurück. Das bewirkt einen Preisrückgang für entsprechende Gebrauchtwagen. Die Eigentümer:innen müssen beim Verkauf ihrer Wagen Preisrückgänge hinnehmen, was einen Vermögensverlust bedeutet. Im schlimmsten Fall gibt es gar keine Nachfrage mehr nach Automobilen mit einem Verbrennermotor, sodass der Wert der entsprechenden Gebrauchtwagen auf null sinkt.

- Vermögensverluste für Privatpersonen können sich auch bei Wohnimmobilien ergeben. Falls Häuser mit einer Ölheizung wegen spürbar steigender Ölpreise weniger stark nachgefragt werden, reduziert das deren Wert.
- Für Unternehmen kann es beispielsweise zu Vermögensverlusten kommen, indem emissionsintensive fossile Kapitalbestände, z. B. Erdölraffinerien, Kohlekraftwerke und Erdgaspipelines, an Wert verlieren, wenn die Nutzung dieser Anlagen wegen einer Einpreisung der negativen externen Effekte wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll ist. Diese Entwertung fossiler Kapitalbestände bedeutet, dass diese Vermögensgegenstände zu Stranded Assets werden. Gleiches gilt für Rohstoffreserven. Wenn staatliche CO₂-Preise den Abbau der von ihnen betroffenen Rohstoffe betriebswirtschaftlich nicht mehr lohnend machen, verlieren die noch vorhandenen Reserven ihren Wert (Eisenack et al., 2022).

Ein vierter Nachteil ergibt sich aus den Anpassungskosten an staatliche CO₂-Preise. Private Haushalte müssen ihre Wohnhäuser so umgestalten, dass sie nur noch einen sehr geringen Energiebedarf haben und diesen so weit wie möglich durch erneuerbare Energien decken. Das verlangt eine umfangreiche Gebäudesanierung. Maßnahmen sind unter anderem die Dämmung der Fassaden, Dächer und Kellerdecken, ein Austausch von Fenstern und Türen, der Einbau neuer Heizungsanlagen, Maßnahmen im Bereich der Klimatisierung bzw. Kühlung, die Installation einer energieeffizienteren Beleuchtung sowie der Einsatz einer regenerativen Stromerzeugung, beispielsweise durch Photovoltaik und Kleinwindenergieanlagen (Bürger et al., 2017; Gornig & Klarhöfer, 2023). Auch der Umstieg auf Elektroautos ist mit entsprechenden Ausgaben verbunden.

Die skizzierten unerwünschten Nebeneffekte einer strengeren Klimaschutzpolitik können für einzelne Personen zu erheblichen ökonomischen Belastungen führen. Es ist daher nachvollziehbar, dass diese Personen einen großen Anreiz haben, entsprechende Maßnahmen zu verhindern. Wären die politischen Entscheider:innen ausschließlich an der Maximierung der gesellschaftlichen Wohlfahrt interessiert, wäre das unproblematisch. Politische Ent-

scheidungen würden sich ausschließlich an der ökonomischen Rationalität orientieren und die negativen externen Effekte von klimaschädlichen Aktivitäten einpreisen. Falls die politischen Entscheider:innen jedoch eigene Interessen verfolgen, ist nicht mehr garantiert, dass die ökonomisch gebotenen Maßnahmen ergriffen werden.

Ökonomische Theorie der Demokratie

Eine grundlegende Annahme volkswirtschaftlicher Überlegungen zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staats besteht darin, dass die für diese Entscheidungen verantwortlichen Personen ausschließlich an der Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt ihres Landes interessiert sind. Eigene Interessen werden hingegen nicht verfolgt. Politische Entscheider:innen handeln so gesehen altruistisch. Die Annahme eines altruistischen Verhaltens ist jedoch in der Volkswirtschaftslehre sehr ungewöhnlich. Die Standardmodelle nehmen für die privaten Haushalte das Ziel der Nutzenmaximierung an und für die Unternehmen das der Gewinnmaximierung. Wenn private Wirtschaftsakteure jedoch stets ihre eigenen Interessen verfolgen, ist zu erwarten, dass sie dies auch machen, wenn sie politisch tätig werden.

Anthony Downs übernahm diese Überlegungen und untersuchte, welche Konsequenzen sich ergeben können, wenn politische Akteure mit ihren Entscheidungen den eigenen Nutzen maximieren wollen. Für die Politiker:innen wird angenommen, dass sie mit ihren politischen Aktivitäten Einkommen, Macht und Prestige anstreben. Um dies zu erreichen, müssen sie ins Parlament gewählt werden und am besten in Regierungsverantwortung kommen. Downs geht deshalb davon aus, dass Politiker:innen sich stimmenmaximierend verhalten. Auch die Wähler:innen wollen durch ihr politisches Handeln ihren eigenen individuellen Nutzen maximieren. Sie geben ihre Stimme der Partei, von der sie im Fall einer Regierungsübernahme den größten individuellen Nettonutzen erwarten (Downs, 1968).

In einer perfekten Modellwelt verfügen alle Akteure über alle entscheidungsrelevanten Informationen. Politiker:innen kennen alle Wünsche der Wähler:innen. Letztgenannte wissen ganz genau, welche individuellen Kosten und Nutzen ihnen entstehen, wenn eine bestimmte Partei die Regierung übernimmt. In der Realität ist die Annahme der vollkommenen Information jedoch nicht gegeben. Das hat unter anderem zur Folge, dass an der Wiederwahl interessierte Politiker:innen anfällig für eine Beeinflussung durch Lobbyist:innen sind. Diese setzen knappe Ressourcen ein, allen voran Zeit und Geld, um Politiker:innen zu einer Entscheidung zu bewegen, die ihnen selbst nutzt. Dieses Ziel erreichen sie, indem sie die Politiker:innen davon überzeugen, dass eine bestimmte Maßnahme, die ihnen selber

nutzt, von mehr Wähler:innen gewünscht als abgelehnt wird, sodass die Maßnahme für die betreffende Partei einen Zugewinn an Stimmen zur Folge hat.

Hätten alle Interessengruppen einen gleich großen Einfluss auf politische Entscheidungen, wäre dies unproblematisch. Allerdings hängt der Anreiz, sich an der Durchführung bzw. Finanzierung von Lobbyaktivitäten zu beteiligen, von dem zu erwartenden Nettonutzen ab, der damit verbunden ist: Wenn es sich um eine kleine Gruppe von Menschen handelt, die bei einer erfolgreichen Beeinflussung der Politik einen relativ hohen individuellen Einkommens- bzw. Nutzenzuwachs erwarten können, lohnt sich eine Beteiligung an der Finanzierung von Lobbyist:innen für jedes Mitglied dieser Gruppe. Handelt es sich hingegen um eine große Gruppe von Akteuren, für die eine Einflussnahme auf politische Entscheidungen nur einen geringen individuellen finanziellen Vorteil nach sich zieht, ist nicht zu erwarten, dass sich diese Gruppe zusammenschließt und Lobbyaktivitäten finanziert. Außerdem fällt in einer großen Personengruppe ein Trittbrettfahrerverhalten weniger auf als in einer Gruppe mit relativ wenigen Personen.

Im Ergebnis kann das dazu führen, dass eine politische Entscheidung, die die gesellschaftliche Wohlfahrt erhöht, am Lobbyismus einer kleinen Personengruppe scheitert. Dies kann erklären, warum eine ambitionierte Klimaschutzende Politik häufig unterbleibt.

Politische Ökonomie des Klimaschutzes

Mit Blick auf die gesamtgesellschaftlich zwingend erforderliche Dekarbonisierung wurde bereits erläutert, dass es zahlreiche Personengruppen gibt, die von einzelnen klimaschützenden Entscheidungen erhebliche Einkommens- und Vermögensverluste zu befürchten haben. Diese Personen haben folglich einen hohen individuellen Anreiz, die klimaschützende Maßnahme, von der sie besonders hart betroffen wären, zu verhindern. In diesem Fall stimmt die ökonomische Rationalität der Politiker:innen (Maximierung der langfristigen gesellschaftlichen Wohlfahrt unter gegebenen Restriktionen) nicht mit der politischen Rationalität (Maximierung der erzielten Wahlstimmen) überein. Eine zentrale Herausforderung der politischen Durchsetzbarkeit von umwelt- und klimaschützenden Maßnahmen besteht also darin, die ökonomische Rationalität und die politische Rationalität in Übereinstimmung zu bringen. Um dies zu erreichen, bietet es sich an, individuelle Nachteile einer strengeren Klimaschutzpolitik durch eine wirtschafts- und sozialpolitische Flankierung abzumildern. Exemplarisch lässt sich dies anhand von fünf Beispielen verdeutlichen (ausführlichere Darstellung in Petersen, 2025b, S. 161–169).

Erstens besteht die Möglichkeit einer Rückverteilung der mit einem CO₂-Preis und anderen umwelt- und klimaschützenden Steuern erzielten staatlichen Einnahmen an die Bürger:innen, beispielsweise durch ein Klimageld. Für die Ausgestaltung des Klimagelds gibt es zwei grundsätzliche Ansätze. Zum einen kann mit einem für alle identischen Pro-Kopf-Betrag gearbeitet werden. Dieses Vorgehen ist mit einem relativ geringen bürokratischen Aufwand verbunden, weil keine differenzierte Bedarfsprüfung durchgeführt werden muss. Allerdings erhalten dann auch Personen mit hohen verfügbaren Einkommen Zahlungen, die sie nicht zwingend benötigen. Zielführender wäre daher ein differenziertes Klimageld. Ein Ansatzpunkt besteht in einer einkommensabhängigen Ausgestaltung dieses Instruments. Möglich ist auch eine Differenzierung, die sich an dem Bedarf emissionsintensiver Produkte orientiert. So könnten beispielsweise Pendler:innen, die auf die Nutzung eines Pkws angewiesen sind, ein erhöhtes Klimageld erhalten (Peterson & Maamoun, 2025, S. 6–19).

Zweitens kann die Klimapolitik in Form von Steuererleichterungen und Finanzhilfen sozial flankiert werden. Dadurch beteiligt sich der Staat an den Anpassungskosten der Bürger:innen, die sich im Zuge der ökologischen Transformation ergeben. Der Staat kann beispielsweise den Erwerb von klimafreundlichen Heizungsanlagen oder Elektroautos mit Steuererleichterungen fördern. Steuererleichterungen, die sich auf die Einkommensteuer beziehen, haben allerdings Grenzen. Einkommensschwache Personen, die gar keine oder lediglich eine geringe Einkommensteuer zahlen, haben keinen spürbaren finanziellen Vorteil von Steuererleichterungen. In diesem Fall sind Transferzahlungen erforderlich. Die staatlichen finanziellen Förderungen sollten idealerweise bedarfsorientiert ausfallen, um die Höhe der staatlichen finanziellen Belastungen möglichst gering zu halten. Finanzhilfen sollten also nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, sondern nur an Personen, die diese Hilfen wirklich benötigen. Die Prüfung der Bedürftigkeit ist allerdings mit einem höheren bürokratischen Aufwand verbunden. Auch für Unternehmen können entsprechende staatliche Unterstützungsmaßnahmen gewährt werden. Um beispielsweise klimaschützende Investitionen staatlich zu fördern, bieten sich Steuersenkungen und Finanzhilfen in Form von Investitionshilfen an.

Drittens kann der Staat die Anpassungskosten für die Bürger:innen verringern, indem er selbst durch öffentliche Investitionen und staatliche Angebote einen Teil dieser Kosten übernimmt. Zu denken ist beispielsweise an attraktive Angebote im Bereich des öffentlichen Transportwesens. Wenn es gelingt, qualitativ hochwertige und bezahlbare Angebote im öffentlichen Personenverkehr

bereitzustellen, erleichtert das den Umstieg vom Privatauto auf diese Angebote. Personen, die diesen Umstieg tätigen, sind weniger von hohen CO₂-Preisen betroffen – vor allem, wenn im öffentlichen Verkehr emissionsarme Fahrzeuge eingesetzt werden. Der staatliche Ausbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für Elektromobilität kann den Umstieg von Privatautos, die mit einem Verbrennermotor betrieben werden, auf Elektroautos fördern. Auch das befreit diejenigen, die auf klimafreundliche Fahrzeuge umsteigen, von dem hohen CO₂-Preis.

Zu der sozialpolitischen Abfederung der negativen Auswirkungen einer ambitionierten Klimaschutzpolitik gehört *viertens* eine bildungs- und arbeitsmarktpolitische Flankierung, denn der Strukturwandel hin zu einer emissionsärmeren Wirtschaft geht mit veränderten Anforderungen an die Arbeitskräfte einher. Zu denken ist z. B. an die Modernisierung der Ausbildungsberufe, die Etablierung neuer Studiengänge und die Intensivierung der betrieblichen Weiterbildung. Betroffen von einem wachsenden Bedarf im Zuge der ökologischen Transformation der Wirtschaft dürften in besonderem Maße die sogenannten MINT-Berufe sein – also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (SVR Wirtschaft, 2020, S. 257–259). Für die bereits Beschäftigten geht es um Weiterbildungsmaßnahmen zur Anpassung ihrer Qualifikationen und Kompetenzen an die geänderten Arbeitsmarktanforderungen. Werden die damit verbundenen Kosten nicht von den Unternehmen übernommen, kann das die Motivation zur Teilnahme an weiterbildenden Angeboten verringern. Zumindest Erwerbstätige mit geringen Einkommen könnten daher eine staatliche finanzielle Unterstützung erhalten, wenn sie entsprechende Weiterbildungsangebote in Anspruch nehmen. Eine andere arbeitsmarktpolitische Maßnahme bezieht sich auf Mobilitätshilfen. Falls im Zuge der ökologischen Transformation ein Arbeitsplatzwechsel auch mit einem Wohnortwechsel verbunden ist, fallen für die betroffenen Personen zusätzliche Kosten an. Zu denken ist dabei vor allem an die Kosten für den Transport der Möbel und Gebrauchsgegenstände, die Kosten der Wohnungssuche inklusive anfallender Maklergebühren, Renovierungskosten und mehr. Hinzu kommen möglicherweise höhere Mietkosten. Für Haushalte mit einem geringen verfügbaren Einkommen können diese Kosten eine hohe Hürde für die Aufnahme des neuen Arbeitsplatzes darstellen. Staatliche Finanzhilfen können dann erforderlich werden.

Für die Unterstützung von Unternehmen – und indirekt auch der dort beschäftigten Personen – bietet sich *fünftens* eine industriepolitische Flankierung der ökologischen Transformation an. Hierfür gibt es zahlreiche industriepolitische Instrumente (Oxford Economics, 2024):

- Zum einen kann der Staat fiskalpolitisch agieren, z. B. mit Unterstützungen für die einheimischen Unterneh-

men, die deren Produktionskosten reduzieren. Mögliche Maßnahmen umfassen die bereits erwähnten Finanzhilfen und Steuererleichterungen, staatliche Kredite und Bürgschaften, Sozialversicherungserleichterungen, Forschungszuschüsse und ähnliche Instrumente. Möglich sind auch Kaufanreize für die heimischen Verbraucher:innen in Form von Steuererleichterungen oder Kaufprämien. Zur Verbesserung der Absatzchancen im Ausland können Exportsubventionen, eine staatliche Handelsfinanzierung oder steuerliche Exportanreize eingesetzt werden.

- Zum anderen kann der Staat regulatorisch aktiv werden. Das bedeutet, dass die Wettbewerbsposition der einheimischen Unternehmen durch rechtliche Regelungen gestärkt wird. Das klassische außenwirtschaftspolitische Instrument dafür sind Handelsbeschränkungen. Zu ihnen gehören unter anderem Importzölle, Importkontingente, technologische Einfuhrbeschränkungen bis hin zu Importverboten, Sanktionen und regulatorischen Zugangsbeschränkungen für ausländische Anbieter:innen.
- Schließlich kann der Staat die einheimischen Unternehmen im Rahmen des staatlichen Beschaffungswesens unterstützen. Hierzu gehört vor allem die Begünstigung heimischer Anbieter:innen im Kontext des öffentlichen Beschaffungswesens und der öffentlichen Vergabepaxis.

Industriepolitische Maßnahmen erleichtern es den Unternehmen, die für die Dekarbonisierung ihrer Produkte und Produktionsverfahren erforderlichen Anpassungsmaßnahmen durchzuführen, ohne dabei ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Das sichert die Arbeitsplätze und Einkommen der beschäftigten Personen.

Fazit und Ausblick

Wenn an der Wiederwahl interessierte Politiker:innen die zentralen klimapolitischen Entscheidungen eines Landes treffen, besteht die Gefahr, dass sie bei ihrer Entscheidungsfindung von Lobbyist:innen und anderen Interessengruppen beeinflusst werden. Es gibt in entwickelten Volkswirtschaften wie Deutschland eine Reihe von Personengruppen, die bei einer ambitionierten Klimaschutz-

den Politik spürbare individuelle Nachteile erleiden würden. Deshalb ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass diese Personengruppen versuchen, die Maßnahmen, die ihnen persönlich schaden, zu verhindern.

Die zentrale Herausforderung für die Durchsetzung einer weitreichenden Klimaschutzpolitik besteht also darin, dass wirtschaftlich gebotene Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und Klimawandel die Wiederwahl einer Regierung gefährden. Die ökonomische Rationalität stimmt nicht mit der politischen Rationalität überein. Diese Diskrepanz lässt sich vor allem dadurch reduzieren, dass diejenigen, die im Fall einer weitreichenden Klimaschutzpolitik überdurchschnittlich hohe ökonomische Nachteile zu befürchten haben, Kompensationen erhalten. Die dafür erforderlichen staatlichen Mehrausgaben und Mindereinnahmen sollten vor allem durch die Einnahmen aus der Bepreisung von umwelt- und klimaschädlichen Aktivitäten finanziert werden. Reichen diese Mittel nicht aus, sind zusätzliche Einnahmequellen zu nutzen – gegebenenfalls auch eine höhere staatliche Kreditaufnahme (Petersen & Wortmann, 2024).

Literatur

- Bürger, V., Hesse, T., Palzer, A., Köhler, B., Herkel, S., Engelmann P. & Quack, D. (2017). Klimaneutraler Gebäudebestand 2050 – Energieeffizienzpotenziale und die Auswirkungen des Klimawandels auf den Gebäudebestand. *Climate Change*, 26/2017. Umweltbundesamt.
- Downs, A. (1968). *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Mohr Siebeck.
- Eisenack, K., Hagen, A., Holz, F., Pittel, K., Vogt, A. & von Schickfus, M.-T. (2022). Klimapolitik und Stranded Assets in der fossilen Wirtschaft. *Ökologisches Wirtschaften*, 37(2), 30–35.
- Gornig, M. & Klarhöfer, K. (2023). Investitionen in die energetische Gebäudesanierung auf Talfahrt. *DIW Wochenbericht*, 90(33), 442–448.
- Oxford Economics. (2024). *Internationaler Vergleich aktueller industriepolitischer Strategien mit Auswirkungen auf den Hightech-Sektor*.
- Petersen, T. (2025a). *Markt- und Staatsversagen*. UVK Verlag.
- Petersen, T. (2025b). *Klimaschutz in der Marktwirtschaft – Lösungsansätze und Hürden einer wirksamen Klimaschutzpolitik*. Verlag Barbara Budrich.
- Petersen, T. & Wortmann, M. (2024). Deutsche Schuldenbremse auf dem Prüfstand. *Focus Paper*, #20 Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft. Bertelsmann Stiftung.
- Peterson, S. & Maamoun, N. (2025). *Klimapolitik und sozialer Ausgleich in Deutschland und Schleswig-Holstein*. Gefördert durch die Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH (EKSH) in Kooperation mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein. Kiel Institut für Weltwirtschaft.
- SVR Wirtschaft – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. (2020). Corona-Krise gemeinsam bewältigen, Resilienz und Wachstum stärken. *Jahresgutachten*, 2020/21.

Title: *Climate protection: balancing economic and political rationality*

Abstract: *Climate change currently represents the greatest market failure. Economic policy measures to address it have long been known. However, their implementation often fails due to the narrow interests of those for whom the necessary measures entail economic disadvantages. A government committed to maximising long-term welfare would override such resistance. However, if government ministers are seeking re-election, they are susceptible to lobbying activities aimed at preventing ambitious climate-protective economic policies. In order to implement stricter climate protection policies nonetheless, individual disadvantages must be mitigated through government measures such as the redistribution of climate levies, transfers, regulation, and labour market and industrial policy.*